

ufh-Pressemitteilung



Unternehmerfrauen im Handwerk e.V.

02/2010

Unternehmerfrauen im Handwerk: ein klares Nein zur Ausweitung des Mutterschutzes

Berlin. Die Unternehmerfrauen im Handwerk (UFH) lehnen den Plan der EU, die Mutterschutzfrist von 14 auf 20 bzw. 22 Wochen zu verlängern, entschieden ab. Er ist weder aus Gründen des Gesundheitsschutzes oder zur Gewährleistung des Stillens noch zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie erforderlich. „Längere Schutzfristen könnten sich sogar als Beschäftigungsbarriere für junge Frauen erweisen, da sich das finanzielle Risiko der Unternehmen durch jede Schwangerschaft einer Mitarbeiterin erhöht“, so UFH-Bundesvorsitzende Vorsitzende Heidi Kluth.

Mit dem Mutterschutzgesetz, dem Bundeselterngeldgesetz und besonderen Kündigungsschutzregelungen übererfüllt Deutschland bereits die europarechtlichen Vorgaben. Unsinnig ist auch der vorgeschlagene zweiwöchige "Vaterschaftsurlaub", da Väter nicht gebären oder stillen. Die Phase des Elterngeldbezugs (max. 14 Monate) kann derzeit schon flexibel zwischen Mutter und Vater aufgeteilt werden.

Bereits die Verlängerung der Mutterschutzfrist von 14 auf 18 Wochen würde die deutschen Unternehmen mit jährlichen Zusatzkosten von ca. 500 Millionen Euro belasten. Dass die Arbeitgeber den Zuschuss zum Mutterschaftsgeld zahlen müssen, hält der UFH-Bundesverband für verfehlt: die finanzielle Absicherung der Frauen während der Schutzfristen ist eine familienpolitische und damit gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die richtigerweise aus Steuermitteln finanziert werden muss.

Gerade die familienorientierten Handwerksbetriebe engagieren sich, um die Arbeitsbedingungen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Telefon: 030 / 20619-184/185
Telefax: 030 / 2061959185
E-Mail: bv-ufh.geschaeftsstelle@zdh.de
Internet: www.bv-ufh.de

Herausgeber:
Bundesverband Unternehmerfrauen im Handwerk e.V.

Bundesverband Unternehmerfrauen im Handwerk e.V.

Geschäftsstelle im Haus des Deutschen Handwerks
Mohrenstraße, 20/21, 10117 Berlin
Vorsitzende: **Heidi Kluth**
Ansprechpartnerin für die Presse: **Margit Niedermaier**

familienfreundlicher zu gestalten. „Als staatliche Unterstützung brauchen wir keine längeren Schutzfristen, sondern vor allem einen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote“, fordert Heidi Kluth. Nur auf diese Weise könne man einerseits den Frauen die Rückkehr in den Beruf ermöglichen und andererseits die Einstellung von Frauen für Arbeitgeber attraktiv machen.

www.bv-ufh.de